

Verfassungsschutz warnt erneut vor Linksextremismus

Immer häufiger sind Warnungen des Verfassungsschutzes vor dem Linksextremismus zu vernehmen. Bremens Innensenator Mäurer hat vor dem Hintergrund zahlreicher Brandanschläge auf Fahrzeuge und Häuser vor einer zunehmenden Militanz der linksextremistischen Szene in Bremen gewarnt. "Wir sind Zeugen einer gefährlichen Entwicklung", sagte er bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes für 2020. Die Militanz der linksextremistischen Szene habe in jüngster Vergangenheit noch einmal stark zugenommen. Neben Hamburg, Berlin und Leipzig zähle Bremen zu einer der stärksten betroffenen Städte linksextremistischer Militanz, betonte Mäurer. Dies sei eine massive Gefahr. Der Bremer Verfassungsschutz zählte 2020 insgesamt 51 militante Aktionen der linken Szene, darunter auch zwölf Brandanschläge auf Fahrzeuge und Gebäude. 2019 waren es insgesamt 31.



Helfen Sie, damit wir Republikaner in Berlin an den Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen können. Voraussetzung dafür ist, dass Sie wahlberechtigt sind und Ihr Hauptwohnsitz in Berlin ist. Für den Antritt werden noch dringend sogenannte Unterstützungsunterschriften benötigt. Nur wenn wir eine ausreichende Anzahl vorweisen können, werden wir auf dem Wahlzettel erscheinen. Für die Unterzeichner entstehen dadurch keine Kosten oder sonstige Verpflichtungen, nur das jeder Bürger einen Wahlvorschlag unterschreiben darf.

Deutlich mehr Asylanträge und weniger Abschiebungen

Kaum bemerkt, da die Corona-Berichterstattung dominiert, Die Zahl der Asylanträge ist im Mai um fast 120 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. So stellten 8.278 Migranten einen Antrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), teilte die Behörde mit, was einer Steigerung um 119,2 Prozent entspricht. Die meisten Asylgesuche reichten Syrer ein (3.659). Die zweitgrößte Gruppe waren demnach Afghanen (1.524 Anträge), die drittgrößte Iraker (602).

Eine Anerkennung als Flüchtlinge erhielten 2.204 Personen, weiteren 1.356 gaben die Behörden den subsidiären Schutzstatus und 370 Migranten Schutz vor Abschiebungen. 2.301 Asylanträge wurden abgelehnt.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres 2021 hat Deutschland 2.880 Personen abgeschoben und damit deutlich weniger als im Vorjahreszeitraum, als 4.088 Migranten ausgewiesen wurden.

Falsche Zahlen bei Intensivbetten

Offenbar haben Krankenhäuser in der Corona-Pandemie bei der Auslastung der Intensivbetten die Zahlen manipuliert. Ein Bericht des Bundesrechnungshofes legt genau das nahe. Nach dem Maskenskandal, dem Betrug mit den Schnelltest, jetzt auch noch falsche Zahlen bei Intensivbetten. Gerade diese wurden auch für den Lockdown immer wieder als Begründung herangezogen.

In dem am 10.06.2021 veröffentlichten Bericht hatte der Rechnungshof eine massive Überkompensation aus Steuermitteln bei Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser festgestellt. Seit November 2020 erhalten Krankenhäuser Ausgleichszahlungen, wenn die Intensivbetten-Auslastung sehr hoch ist, also

die Zahl der freien Intensivbetten weniger als 25 Prozent beträgt. Der Bundesrechnungshof befürchtet, das könne als gefährlicher Anreiz dienen, die Zahl der freien Betten absichtlich herunterzuschrauben. Von März bis September 2020 wurde zudem jedes neue Intensivbett mit 50.000 Euro zusätzlich vom Bund finanziert.

Für den Aufbau neuer Intensivbetten flossen innerhalb eines Jahres bis Anfang März rund 686 Millionen Euro. Rechnerisch müsste es jetzt fast 14.000 neue Intensivbetten in Deutschland geben, die der Bundesrechnungshof jedoch nicht finden kann. In dem Zusammenhang kann dann von Betrug gesprochen werden. Zumindest müssten

zeitnah Rückzahlungen im größeren Umfang erfolgen. Schwieriger nachweisbar ist der Vorwurf, die Zahl der Intensivbetten sei von einigen Krankenhäusern heruntergeschraubt worden, denn dazu liegen keine Daten vor. Es kann stark vermutet werden, dass einige Kliniken in manchen Fällen Patienten von anderen Stationen auf die Intensivstationen verlegt haben, um damit Betten zu füllen. Das sei sehr einfach und lasse sich im Nachhinein nicht mehr nachprüfen. Der Bericht wirft auch die Frage auf, ob die Auslastung der Intensivstationen während der Corona-Pandemie übertrieben dargestellt wurde, um die Maßnahmen zu rechtfertigen, die teilweise immer noch greifen,

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

Weitere Razzia gegen mutmaßliche Islamisten

Der Bayerische Staatsschutz hat in Augsburg und im nahegelegenen Aichach mehrere Wohnungen mutmaßlicher Islamisten durchsucht. Sie sollen verbotenerweise eine islamistische Organisation unterstützt haben. Wie das Polizeipräsidium Schwaben Nord und die Generalstaatsanwaltschaft München mitteilten, handelt es sich bei den Beschuldigten um fünf türkische Staatsbürger im Alter zwischen 25 und 31 Jahren aus dem Raum Aichach sowie einen 34-jährigen Deutschen aus Augsburg. Den Männern wird vorgeworfen, sie hätten für eine ausländische islamistische Organisation neue Mitglieder rekrutiert und die Organisation finanziell unterstützt. Ziel dieser Vereinigung "Hizb ut-Tahrir" sei die Errichtung eines Kalifats. Als Hauptbeschuldigter wird ein 31-jähriger Asylbewerber aus der Türkei geführt. Bereits seit seiner Einreise 2018 sei er durch seine Aktivitäten im Fokus des polizeilichen Staatsschutzes. Abgeschoben wurde er bislang aber trotzdem nicht, so wie zahlreiche andere Asylbewerber, die in diesem Zusammenhang auffällig wurden.

Die Durchsuchungen durch die Polizei fanden in vier Privatwohnungen, einer Asylbewerberunterkunft sowie einem Anwesen statt, das zur Durchführung von geheimen Treffen der Gruppierung angemietet worden sein soll. Das Ermittlungsverfahren leitet die Generalstaatsanwaltschaft München mit ihrer Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus.

Deutschland wäre Drohnenangriffen schutzlos ausgeliefert

Deutschland ist nach einer Analyse der Bundeswehr-Denkfabrik GIDS nicht gerüstet gegen die immer komplexer werdende Technik für Angriffe mit Kampfdrohnen. Die Experten des Hamburger Thinktanks haben dazu den internationalen Markt sowie den Verlauf der Kämpfe um Berg-Karabach untersucht, wo Aserbaidschan im vergangenen Jahr Armenien mit Drohnen besiegt hatte. Wenn die Bundeswehr in diesem konkreten Konflikt gegen Aserbaidschan hätte kämpfen müssen, hätte sie kaum eine Chance gehabt, stellt Oberstleutnant Michael Karl fest, GIDS-Experte für moderne Kriegsführung und neue Technologien. Bei Waffensystemen, die genutzt wurden wie Kampfdrohnen und Kamikazedrohnen, hätten wir uns nicht ausreichend wehren können, führte er aus. "Allein schon die fehlende Heeresflugabwehr wäre uns zum Verhängnis geworden."

Um einem modernen Konflikt bestehen zu können, benötigt die Bundeswehr Technologien, über die Deutschland grundsätzlich verfüge, die aber nicht im Militär eingesetzt seien. Die Experten verweisen auf Schall-, Stör- oder Abschussanlagen zur Drohnenabwehr.

Die Bundeswehr setzt die unbemannten Flugkörper bislang nur zur Aufklärung und Beobachtung ein. Verbündete und mögliche Gegner haben bewaffnete Drohnen, mit denen Gebiete beobachtet werden und zusätzlich per Steuerbefehl Raketen auf Ziele gefeuert werden können.

Landtagswahlen in NRW

Nächstes Jahr finden in NRW wieder Landtagswahlen statt. Hierzu werden wir Republikaner voraussichtlich im Juli die Aufstellungsversammlung durchführen. Aufgrund der langsam eintretenden Lockerungen konnte diese bisher nicht erfolgen, da keine passenden Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Deshalb verzögerte sich das Vorhaben und wir in den kommenden Wochen nachgeholt.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

**DIE REPUBLIKANER
REP**

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.